

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

## BUNDESVERFASSUNG Freisinniges Engagement

# Für eine moderne Verfassung

**Kurz vor dem Abschluss der Nachführung ist festzustellen, dass die Bundesverfassung in ihren wesentlichen Inhalten nach wie vor eine freisinnige Verfassung ist. Obwohl wir grössere Reformschritte anstreben, wollen und müssen wir auch die eher formelle Modernisierung voll unterstützen und der Vorlage vor dem Volk zum Durchbruch verhelfen.**

Die Reform der Justiz und der Volksrechte folgen aber zeitlich gleich nach, und die Staatsleistungsreform ist vom Bundesrat endlich aus ihrer jahrelangen Sklerose erlöst worden. Die Reform der Bundesverfassung ist ein integriertes Ganzes. Wenn wir uns nicht einmal für das bisherige Fundament im neuen Kleid aussprechen können oder engagieren wollen, wie sollen dann je die grösseren substantiellen Schritte gelingen? Anders gefragt: Immerhin handelt es sich bei der bestehenden Bundesverfassung wie auch bei der nachgeführten inhaltlich um den Text, der unsern radikal-liberalen Staats- und Parteigründern aus der Feder geflossen ist. Wir haben also allen Grund, uns ins Führerhaus des Reformzuges zu setzen und diesen mit genügend Strom zu versorgen.

Mangels grosser inhaltlicher Neuerungen darf man doch darauf hinweisen, dass die neue Verfassung wieder lesbar sein wird, dass sie in

ihrer Struktur einen logischen Aufbau aufweisen wird und dass Überflüssiges und Nebensächliches herausgenommen beziehungsweise auf niedrigere Gesetzgebungsstufen verlegt wurden. Die revidierte BV wird ein Text sein, der von allen Bürgerinnen und Bürgern wie ein normales Buch gelesen werden kann und auch so verständlich ist, ohne dass ein juristisches Studium Voraussetzung zur richtigen Interpretation sein muss.

### Neue Verfassung tut der politischen Kultur gut

Der Aspekt der Lesbarkeit ist nicht zu unterschätzen. Eine Verfassung, die von Schülerinnen und Schülern wieder verstanden wird, tut der politischen Kultur in der Schweiz ganz generell gut. Je mehr Menschen sich mit der Grundlage all unserer Politik auseinandersetzen, desto besser. So kann ein Beitrag geleistet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Politik einander wieder näherkommen.

Die FDP ist bereit, ihren Part als Modernisierungs- und Erneuerungspartei zu spielen. Zu einer Politik der Erneuerung gehört auch diese Reform der Bundesverfassung mit ihrer primär formellen Modernisierung.

### VON FDP-GENERAL-SEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)



Die Differenzbereinigung der eidgenössischen Räte zum ersten Teil der Reform der Bundesverfassung steht vor dem Abschluss. In der Wintersession sollen die letzten noch verbliebenen Unterschiede zwischen der nationalen- und der ständerätlichen Fassung bereinigt werden. Die so genannte «Nachführung» unseres höchsten Gesetzestextes wird da und dort als reine Schreibübung tituliert. Sie ist es nicht!

### Inhaltlich eine freisinnige Verfassung

Erstens besteht die Reform der Bundesverfassung nur, aber immerhin in der ersten Phase – die nächstes Jahr der Volksabstimmung unterbreitet wird –, aus einer Neuformulierung, Entschlackung und neuen Postulaten, die gemeinhin als unbestritten gelten dürfen.

## FDP SCHWEIZ

### Inhalt

- Einladung für die Delegiertenversammlung vom 9. Januar 1999 in Bern auf Seite **5**
- Die Vorstellung der zwei freisinnigen Präsidenten des National- und des Ständerats ab Seite **6**
- Ein Interview mit dem neuen Chef des Bundesamtes für Raumplanung, Ueli Widmer, auf Seite **12**
- Die Auflösung des letzten «Freisinn»-Wettbewerbs auf Seite **17**



# Auf nach Bern!

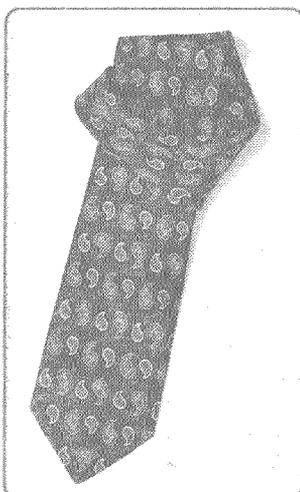
**Am 9. Januar 1999 eröffnet die FDP Schweiz als erste Partei das Wahljahr mit einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Bern. Damit wird eines der Wahlziele 99 deutlich unterstrichen: Ende Oktober sollen noch mehr freisinnige Köpfe ins Parlament gewählt werden!**

Der Delegiertenrat wird sich am 9. Januar mit den Parolen zur Verfassungsbestimmung zur Transplantationsmedizin und der Revision des Raumpla-

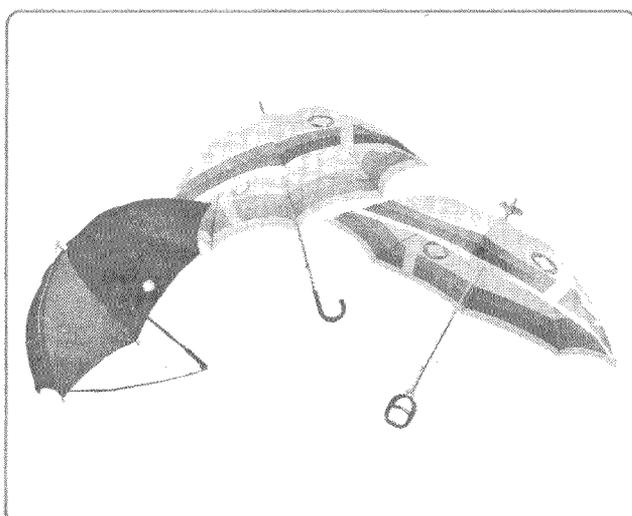
nungsgesetzes befassen. Die Delegiertenversammlung wird anhand der Positionspapiere zur Asylpolitik und zur Entwicklungszusammenarbeit die Modernisierungspolitik der FDP weiter konkretisieren. Im weiteren werden die Parolen gefasst zur Initiative «Wohneigentum für alle» und zur geänderten Verfassungsbestimmung über die Voraussetzungen zur Wählbarkeit in den Bundesrat, die Lockerung der sogenannten Kantonsklausel.

HERN DR.,  
FRANZ GEORG MAIER  
DIR. SCHM. LANDESBIB.,  
HALLWYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
50-02300001  
227

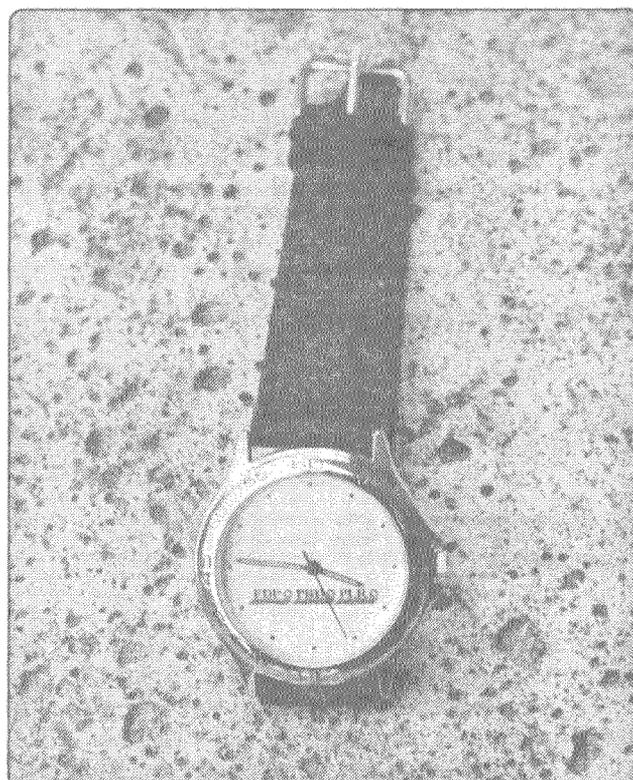
# FDP-Lädeli 1999



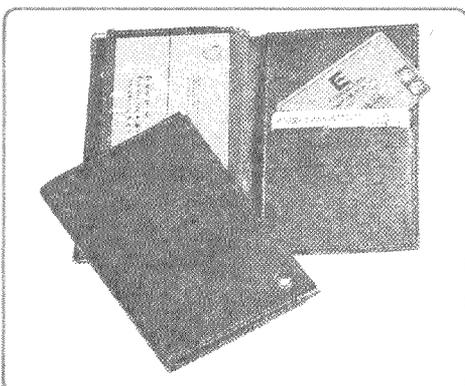
**Krawatte 2001.** Reine Seide Crêpe, 10x140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.



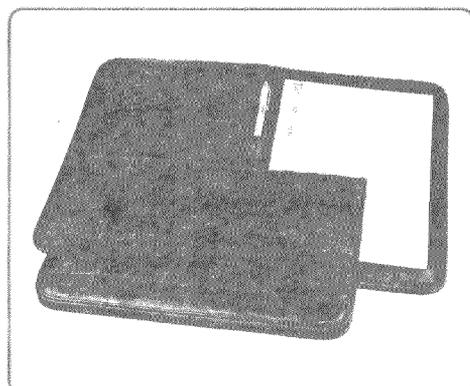
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



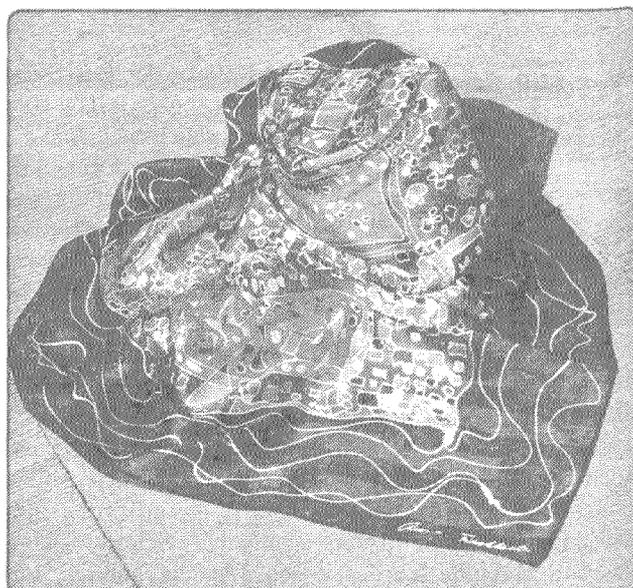
FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband. Topmodisch.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Foulard 2001. Reine Seide, 90x90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.

## Talon

**ICH BESTELLE:**

- |   |            |   |            |
|---|------------|---|------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe | à Fr. 45.– | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm                     | à Fr. 40.– |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille   | à Fr. 45.– | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte 2001                  | à Fr. 40.– |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm   | à Fr. 40.– | <input type="checkbox"/> Ex. Uhr                            | à Fr. 45.– |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm    | à Fr. 40.– | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 2001 zu Fr. 50.– |            |

Name: \_\_\_\_\_

12/98

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte senden an: FDP-Generalsekretariat,  
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

IM GESPRÄCH ◉ Sonja Rechsteiner, St. Gallen

# «Wegen Erneuerungsprogramm sich wieder in der FDP engagieren»

**WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?**

Dass das einzig Beständige der Wandel ist – Visionen zu haben für den eigenen Lebensweg.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Entwicklung der Menschheit.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Wichtigste: Telefon, Computer; entbehrlichste: Bügeleisen.

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?**

Ein «Einkaufsservice für Singles».

## ZUR PERSON

### Sonja Rechsteiner

Wahlstab-Ressortleitung PR/Werbung für die National- und Ständeratswahlen 1999 im Kanton St. Gallen.

#### BERUFLICHE STATIONEN:

Inhaberin und Geschäftsführerin der welldone communications und der welldone exhibition International in St. Gallen.

#### LIEBSTE TÄTIGKEIT:

Diskutieren, Lesen, Segeln, Schlemmen, das Leben geniessen.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Dass sie mitten in Europa liegt.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?**

Die Abschottung der Schweiz gegenüber Europa. Da die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern aussenhandelskräftig ist, wirkt ein Alleingang der Schweiz innerhalb Europas kontraproduktiv.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

Mein Wunsch wäre ein föderatives vereinigt Europa. KMUs innerhalb Europas sollten mehr zusammenarbeiten und virtuelle Firmen gründen, um gegenüber den Weltkonzernen aus anderen Kontinenten konkurrenzfähig zu sein.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Es trifft zu, denn es waren immer Minderheiten, die in der Geschichte Veränderungen hervorgerufen haben. Nur so waren Fortschritt und Wachstum möglich.

**GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?**

Nicht den Nobelpreis, aber einen Preis würde ich dem FDP-Parteipräsidenten und Nationalrat Franz Steingger für die Mitinitiative zur Modernisierung verleihen. Er handelt im Zeitgeist von



Sonja Rechsteiner bei der Eröffnung der von ihr lancierten Biker + Biker 1998 in den Olma Messen St. Gallen.

morgen mit der neuen Modernisierungspolitik und führt das Schiff an mit der Vision CH 2007. Er ist offen, Traditionelles über Bord zu werfen, und wagt den Aufbruch zu neuen Ufern.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Durch Glaubwürdigkeit und visionäre Handlungsweise.

**WARUM SIND SIE BEI DER FDP?**

Weil die FDP sich an den 5 Grundwerten Leistung, Freiheit, Verantwortung, Offenheit und Sicherheit orientiert. Die Frage sollte lauten, warum ich noch bei der FDP bleibe? Das Erneuerungsprogramm hat

mich sehr angesprochen und ich werde mich darum wieder aktiv in der Partei engagieren.

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Stärke: Die FDP wagt einen eigenen Weg zu gehen für die Mehrheitsfindung, aber sachbezogen mit anderen Parteien und politischen Kräften zusammenzuarbeiten. Die FDP will sich als Erneuerungskraft im Land profilieren. Dadurch wird aktiv ein jüngeres Wählersegment angesprochen. Nur so hat die FDP die Chance, längerfristig zu bestehen.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE STÄRKE?**

Persönliche Schwächen sind da, um sie in Stärken umzuwandeln. Zu meinen Stärken gehört die Initiierung von neuen Ideen, Visionen zu haben und die Entwicklung von Unternehmen und Projekten, wie zum Beispiel das Projekt Aqua Gasum International, Fachmesse für Wasser und Gas vom 5. bis 7. Oktober 1999 in Friedrichshafen. Freude, etwas zu tun und zu handeln.

**WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLEARNEN?**

Das, was ich jetzt mache, bereitet mir Spass und Freude.

**WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?**

Bundesrat Pascal Couchepin; Diskussion über Visionen des Common Sense.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Ich lebe und versuche, das zu machen, was ich gerne tue. Gerne würde ich mit einer FA/18 fliegen!

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Ich möchte versuchen, dem Wählerpotential die Politik wieder näherzubringen. Leider beschäftigen sich zu wenige mit dieser interessanten Materie. Die Menschen hätten so die Möglichkeit, sich aktiv am Veränderungsprozess zu beteiligen und nicht einfach über sich bestimmen zu lassen.

# Weltpanorama

Das «Weltpanorama» ist eine umfassende universale Jahreschronik zum Zeitgeschehen in deutscher Sprache. Es erscheint kontinuierlich seit 1968. Herausgeber und verantwortlicher Redaktor ist der Publizist Martin Keigel. Die konsequent internationale und multidisziplinäre Ausrichtung des «Weltpanorama» geht zurück auf den ersten Herausgeber und Hauptkommentator Werner Höfer, den legendären Gastgeber der seinerzeitigen ARD-Fernsehsendung «Internationaler Frühschoppen» und späteren Kolumnisten der «Weltwoche».

1997 richtete die «Weltpanorama»-Redaktion ihr Augenmerk insbesondere auf die Ereignisse in Grossbritannien mit dem Regierungswechsel zu Tony Blair, den Annäherungsversuchen im Nordirland-Konflikt und dem Tod von Lady Diana. Historisch bedeutsam war die Rückgabe der Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China. Der ostasiatische Raum rückte auch durch die Wirtschaftskrise ins Rampenlicht, und die brennenden Wälder auf Borneo und Sumatra, mit

den schlimmsten Smog-Folgen für die Einwohner seit Menschengedenken, traten im Themenbereich «Natur und Umwelt» in den Mittelpunkt. Im Jahr des 1000. Tages vor der Jahrtausendwende gelang der Menschheit die Landung der ersten mobilen Marssonde, und die Krise in der Raumstation «Mir» nach einer Kollision mit einem Versorgungs-Raumerschiff hielt die Menschen monatelang in Atem. Eine andere Kollision, jene der «Titanic» mit einem Eisberg, entfachte schon vor der Premiere des bombastischen Film-Epos eine Debatte, welche die Kulturbeflissenen ganz in den Bann von Eis und Schmerz schlug.

«Weltpanorama» schliesst die dokumentarische Lücke zwischen der aktuellen Nachricht und der Öffnung der Archive für die Geschichtsforschung. In Zeiten schnellebiger Medien ohne Aufbewahrungskarakter ist dieses Jahrbuch ein unentbehrliches Nachschlagewerk geworden. Im Übergang vom Journalismus zur Geschichtsschreibung werden jene Zeiterscheinungen, Werthaltungen

und Befindlichkeiten erkennbar, die für die gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Entwicklung von prägender Bedeutung sind.

Besonderes Kennzeichen des «Weltpanorama» sind die synoptischen Übersichten von Tag zu Tag über das Geschehen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Natur und Umwelt, Kultur, Sport und Gesellschaft. Im Fluss zeitgleicher Entwicklungen zeigt sich der Lauf der Weltgeschichte. Den Tageschroniken folgen kompetente Analysen anerkannter Publizisten und sorgfältig kommentierte Farbbild-Dokumentationen zu jedem Themenbereich. Ein detailliertes Schlagwortverzeichnis ermöglicht gezielte Nachforschungen.

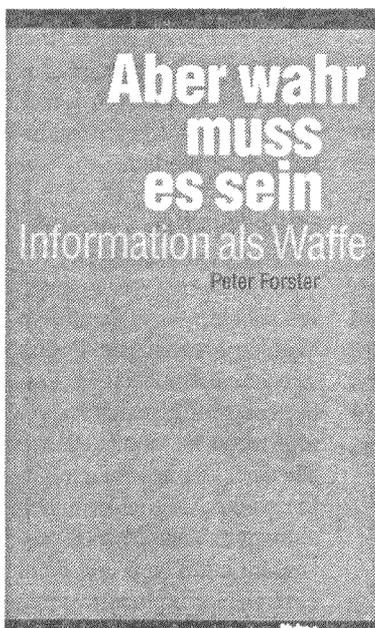
Der Band 1997 ist die 31. Ausgabe dieser Chronik, die in Deutschland, Luxemburg, Österreich und der Schweiz auf eine treue Stammleserschaft von etwa 10 000 Abonnenten zählen darf. In Zusammenarbeit mit renommierten Kommentatoren wie Eberhard Piltz, Leiter des ZDF-Studios in Rom, Stephan Hoff-



mann von der Schweizerischen Bankiersvereinigung, Thomas Borchert, Wissenschafts-Redakteur beim Magazin «STERN», der Umwelt-Journalistin Sonia Shinde, den freien Journalisten Stephan M. Götz, im Bereich Kultur, und Detlef Vetten, im Bereich Sport, gelang erneut ein repräsentativer Jahresüberblick. Mit Alessandro Medici, einem bekannten Schweizer Nachrichtentechniker, fand das

Massenphänomen «Internet» Eingang im Kommentarteil. Herausgeber Martin Keigel würdigt in einem Kommentar zum Bereich «Medien» den 1997 verstorbenen Mitbegründer von «Weltpanorama» Werner Höfer.

Martin Keigel (Hrsg): Weltpanorama 1997: Tagebuch zum Zeitgeschehen. Faunus, 1998. 244 Seiten. Fr. 128.-. ISBN 3-906075-06-0.



## Auf der Suche nach einer Informationsstrategie

**Warum geriet die Schweiz im Schatten des Zweiten Weltkriegs derart unter Druck? Wie effizient setzte Norman Schwarzkopf die Information im Golfkrieg ein? Weshalb waren den Serben, Kroaten und Muslimen im Informationskrieg jedes Mittel recht?**

Chancen und Risiken der Information in Krise und Krieg: ein Buch, das nicht nur das Militär, sondern auch Politiker, PR-Experten und Unternehmer direkt angeht; denn im Staatsleben, in den Armeen und

der Wirtschaft setzt sich nur noch durch, wer zur richtigen Zeit am richtigen Ort über die richtige Information verfügt – und sie gezielt einzusetzen weiss.

Ein analytisches und ein persönliches Buch zugleich und ein Bericht, der eindringlich aufzeigt, wie schwer heute der richtige Gebrauch der Information in Armeen, aber auch im Staatsleben und in der Wirtschaft wiegt.

### Zum Autor

Peter Forster, geboren 1946, Studium der Geschichte und des Staatsrechts an der Universität

Zürich, Dr. phil. 1970. Sonderkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» im Jom-Kippur-Krieg, anschliessend NZZ-Korrespondent für Israel, Griechenland, Zypern und die Türkei. Seit 1981 Chefredaktor der «Thurgauer Zeitung». Als Kommandant des einzigen Informationsregimentes der Schweiz befasst er sich intensiv mit den Chancen und Risiken der Information in Krisen- und Kriegsgebieten.

Peter Forster: Aber wahr muss es sein. Information als Waffe. Mit einem Geleitwort von Bundesrat Arnold Koller. Verlag Huber, 1998. 288 Seiten, 41 s/w-Abbildungen. Gebunden mit Schutzumschlag. Fr. 48.-.

**Delegiertenrat, Samstag, 9. Januar 1999, 9.15 h, bea expo bern**

**Traktanden:**

1. Begrüssung und Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 23. Oktober 1998
3. Politische Lagebeurteilung
4. Statutarische Geschäfte
5. Abstimmungsvorlagen vom 7. Februar 1999
  - Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin. Einführungsreferat: Marc F. Suter, Nationalrat, Biel/BE, anschl. Diskussion und Parolenfassung
  - Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung. Einführungsreferat: Ulrich Widmer, Direktor BA für Raumplanung, anschl. Diskussion und Parolenfassung
6. Varia

**Delegiertenversammlung, Samstag, 9. Januar 1999, 10.15 h, bea expo bern**

- 10.15 Begrüssung und Ansprache durch den Parteipräsidenten Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen/UR  
Begrüssung durch Frau Dora Andres, Regierungsrätin des Kantons Bern
- 10.30 Statutarische Geschäfte: Neuwahl eines Geschäftsleitungsmitglieds
- 10.40 Positionen der FDP: Asylpolitik und Entwicklungszusammenarbeit – Präsentation der Positionspapiere, Frau Nationalratspräsidentin Trix Heberlein, Zumikon/ZH  
Diskussion der Thesen, Bereinigung der Anträge, Verabschiedung der Positionspapiere

**Abstimmungsvorlagen vom 7. Februar 1999**

- 11.20 Volksinitiative «Wohneigentum für alle». Einführungsreferate durch NR Toni Dettling, Schwyz/SZ (pro), und NR Yves Christen, Vevey/VD (contra)  
Stellungnahme des Bundesrates: Votum von Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EFD  
Diskussion und Parolenfassung
- 12.00 Bundesbeschluss über die Änderungen der Voraussetzungen für die Wählbarkeit in den Bundesrat. Podiumsdiskussion unter Leitung von Frau Claudia Schoch, NZZ  
Teilnehmende: SR Françoise Saudan, Chêne-Bougeries/GE (pro), SR Rolf Büttiker, Wolfwil/SO (pro), NR Dorle Vallender, Trogen/AR (contra), NR Bernard Comby, Saxon/VS (contra)  
Diskussion und Parolenfassung
- 12.45 Schlusswort des Parteipräsidenten  
Anschl. Apéritif

**erich dardel**  
büro und wohnen

erich dardel ag  
stadtplatz 38  
ch-3270 aarberg  
tel. 032 393 15 20  
fax 032 393 15 24

usm haller... cassina...

9. JANUAR 1999 ◊ DV in Bern

# Spannende Parolenfassungen

**Die FDP Schweiz führt am Samstag, 9. Januar 1999, in Bern bereits die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung durch. Im Zentrum stehen die asylpolitischen Vorschläge der Partei sowie die Parolenfassungen zur Lockerung der Kantonsklausel sowie zur Initiative «Wohneigentum für alle».**

**Asylinnen- und -ausserpolitik**

Moderne Asylpolitik setzt sich aus einer eher innenpolitischen und einer stark ausserpolitischen Komponente zusammen. Nebst der Verminderung der Attraktivität der Schweiz als Asylland brauchen wir auch eine aktivere Rolle unseres Landes bei der Bewältigung der Probleme in den Asylherkunfts-ländern. Engagement vor Ort ist gefragt. Die FDP Schweiz hat – bewusst einige Zeit vor den Abstimmungskämpfen um das revidierte Asylgesetz und die Dringlichen Bundesbeschlüsse dazu – angesichts der gespannten Lage im Asylbereich die Bereinigung und Verabschiedung der Positionspapiere «Asylpolitik» und «Entwicklungszusammenarbeit» vorgezogen. Nationalratspräsidentin Trix Heberlein wird die zwei Papiere vor den Delegierten vertreten.

**«Wohneigentum für alle» und die Vertretung der Regionen**

Zwei Freisinnige – die Nationalräte Yves Christen und

Toni Dettling – werden die Initiative «Wohneigentum für alle» kontradiktorisch behandeln. Inhalt der Vorlage sind steuerliche Erleichterungen für Wohneigentümer. Diese Erleichterungen hätten aber auch Einnahmehausfälle bei Bund und Kantonen zur Folge. Eine interessante Diskussion darf erwartet werden. Zur zweiten Vorlage, zu der die Delegiertenversammlung Parole fassen wird, wird ein Podium stattfinden. Die sogenannte Kantonsklausel – nur ein Bundesrat darf aus ein und demselben Kanton stammen – soll gelockert werden und durch eine Bestimmung ersetzt werden, die eine angemessene Vertretung der Sprachen und Regionen garantiert. Auch hier ist die Haltung der Partei noch umstritten. Ständerätin Françoise Saudan und Ständerat Rolf Büttiker treten für eine Neuregelung, Nationalrätin Dorle Vallender und Nationalrat Bernard Comby dagegen an. Hinzu kommt die Wahl eines neuen Mitglieds in die Geschäftsleitung der FDP Schweiz. ■

## Anmeldetalon

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 9. Januar 1999 in Bern sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich mit diesem Talon an:

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Anmeldung DV Bern, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, e-mail: gs@fdp.ch

# Der Freisinn führt und übernimmt Verantwortung

Anfang Wintersession wählen National- und Ständerat je ihre Präsidentin bzw. ihren Präsidenten. Aller Voraussicht nach werden FDP-Nationalrätin Trix Heberlein und FDP-Ständerat René Rhinow in diese Ämter gewählt. Die Wahl hat bei Redaktionsschluss noch nicht stattgefunden. Der «Freisinn» stellt Ihnen diese zwei Persönlichkeiten hier näher vor.

## Personalien

**Name:** Heberlein-Ruff

**Vorname:** Trix

**Adresse:** Tobelmülistrasse 20  
8126 Zumikon

**Geburtsdatum:** 17. Juli 1942

**Zivilstand:** verheiratet

**Kinder:** 2 Töchter

**Ausbildung:**

- Primarschule, Teufen AR
- Kantonsschule, St. Gallen (Matura B)
- Jus-Studium, Zürich, Lizentiat 1965
- Gerichtspraxis
- Anwaltsexamen

**Auslandaufenthalte:** USA/Frankreich 1969–1971

**Tätigkeiten:**

- Vorstandsmitglied Zürcher Frauenzentrale, 8 Jahre
- Präsidentin Stiftungsrat Schweizerische Pflegerinnenschule, Schwesternschule und Spital, Zürich, 1977–1997
- Präsidentin VZK 1980–1991
- Präsidentin H+ Die Spitäler der Schweiz, 1990–1998
- Mitglied Zentralratsausschuss SRG
- Mitglied Stiftungsrat Diakoniewerk Neumünster / Schweizerische Pflegerinnenschule seit 1998
- Mitglied Bankrat Schweizerische Nationalbank 1998

**Politische Ämter:**

- Gemeinderätin Zumikon 1985–1994
- Kantonsrätin 1979–1991
- Nationalrätin seit 1991, Vizepräsidentin des Nationalrates 1998



Nationalratspräsidentin Trix Heberlein.

(Photo ex-press)



Ständeratspräsident René Rhinow.

(Photo ex-press)

**Personalien****Name:** Rhinow**Vorname:** René**Adresse:** Jurastrasse 48  
4411 Seltisberg**Geburtsdatum:** 29. Dezember 1942**Zivilstand:** verheiratet**Kinder:** zwei**Ausbildung:** ■ Jus-Studium, Prof. Dr. iur.  
■ Ordinarius für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Basel

- Tätigkeiten** ■ Dekan der Juristischen Fakultät 1985/86 und 1993/94
- Mitgliedschaften:**
- Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates 1994–1997
  - Präsident der Verfassungskommission des Ständerates, seit Ende 1996
  - Präsident der Herausgeberkommission der Schriftenreihe «Recht und Politik im Kanton Basel-Landschaft», seit 1980
  - Stiftungsrat der Schweizerischen Greina-Stiftung, seit 1987
  - Stiftungsrat der Stiftung beider Basel für die Stadt Jerusalem, seit 1992
  - Stiftungsrat der Stiftung PRO REHAB Basel (Rehabilitationszentrum für Querschnittgelähmte und Hirnverletzte), seit 1996
  - Mitglied des Independent Committee of Eminent Persons (ICEP; Kommission, eingesetzt zur Untersuchung von nachrichtenlosen Vermögenswerten bei Schweizer Banken), seit 1996
  - Mitglied der SPP, Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz (Schweizerischer Nationalfonds), seit 1997
  - Mitglied der Gesellschaft Schweiz - Vereinte Nationen, desig. Vizepräsident ab November 1998
  - Präsident des Vereins «Chorfestival», Europäisches Jugendchorfestival, seit 1998
  - Vorstandsmitglied der Schweizerischen Multiple Sklerose Gesellschaft MSG, seit 1998, desig. Präsident ab Mai 1999

- Militär:** ■ Oberst im Generalstab
- Kommandant einer Panzerhaubitzeabteilung (1983–86)
  - Stabschef der mechanisierten Division 4 (1989/90)
  - Chef der Sachgruppe Strategie des Armeestabes (1992–95)
  - Entlassung aus der Wehrpflicht 1996

## KOLUMNE

## Nobody ist perfect



Das Mitglied des Bundesrates, von dem hier die Rede ist, soll den Schutz der Anonymität geniessen. Doch über dem Namen liegt nicht deshalb der Mantel der Verschwiegenheit, weil von Schlimmem berichtet wird oder ein übler Verdacht vorläufig die Diskretion verlangt. Im Gegenteil: die Bemerkungen beziehen sich auf ein beispielhaftes Verhalten.

Das Problem liegt lediglich darin, dass die muster-gültige Handlungsweise nach dem allgemeinen Politikverständnis als unüblich gilt, als Verstoß gegen

die guten Sitten, die eigentlich als Unsitten bezeichnet werden müssten – jedenfalls dann, wenn die direkte Demokratie mehr mit gelebter Transparenz und weniger mit vornehm zu Tode gerittener Diplomatie zu tun hat.

Kurz: das besagte Mitglied der Landesregierung trug in geschlossener, aber keineswegs kleiner Gesellschaft das Herz auf der Zunge und plauderte munter, jedoch völlig nüchtern aus der Schule.

Das Auditorium konnte ins Bundesratszimmer blicken und sah, was es schon immer wusste, aber gerne wieder einmal zuverlässig

bestätigt erhielt: dass keine Engel die Staatsgeschäfte lenken, sondern Menschen aus Fleisch und Blut mit ihren Hoffnungen und Ängsten, mit ihren Stärken und Schwächen.

Verrat am Kollegialitätsprinzip? Verletzung der Loyalität? Nein: ein staatsbürgerlich spannender Anschauungsunterricht in Sachen Kollegialität und Loyalität, um die stets neu zu ringen ist zwischen Männern und einer Frau, die glücklicherweise weit davon entfernt ist, perfekt zu sein.

Wer von uns möchte schon regiert werden von Tugendholden, Moralaposteln und Musterschülern! Es wäre der reine Schrecken.

Darum war es tröstlich, von einem Mitglied des

Bundesrates frisch von der Leber weg zu hören, dass in der eidgenössischen Regierung neben eitel Sonnenschein gelegentlich bloss Eitelkeit herrscht und sich die Sieben abwechselnd in den Armen und den Haaren liegen.

So viel Ehrlichkeit und darüber hinaus das Eingeständnis, den einen und anderen Beschluss verärgert oder wutentbrannt schlucken zu müssen, könnte das hier mit aller Zurückhaltung zitierte Bundesratsmitglied in Bedrängnis bringen. Denn noch will es die helvetische Legendenbildung, dass wir nicht nur in der Adventszeit politisch ans Christkind und den Samichlaus glauben.

Und es ist so falsch! Ein Lob dem ungenannten Mitglied des Bundesrates, das

keine der höflichen, aber einschläfernden Sprechblasen ausstieß, auf die rücksichtsvollen, aber geschwollenen Sprüche verzichtete und dafür die ungewohnte, aber ehrliche Sprache benutzte.

Soll es also Schule machen, dass die Mitglieder des Bundesrates aus der Schule schwatzen? Als Weihnachtswunsch ist lediglich gemeint, dass die Magistratspersonen zum couragierten Klartext finden und uns mit ihrem verzagten Gesäusel die Zeit nicht stehlen. Direkte Demokratie ist auch direkte Rede.

*Alex Bänninger,  
Publizist, Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes der  
Schweiz, Zürich*

ABSTIMMUNG VOM 7. FEBRUAR 1999 ◉ Für gerechte Vertretung der Regionen im Bundesrat

## Kantonsklausel: Kantönligeist oder sinnvolle Schranke?

**Kaum eine Bundesratsvakanz verstreicht, ohne dass die Existenz der Kantonsklausel beklagt wird. Deren Lockerung kommt am 7. Februar 1999 vors Volk. Entspricht die Kantonsklausel einem überholten Kantönligeist, oder stellt sie eine sinnvolle Schranke dar?**

GUS. Die Diskussion um die Wählbarkeitsvoraussetzungen für den Bundesrat sind schon alt. Und trotzdem wird bei jeder Gelegenheit – sprich Einzelvakanz im Bundesrat – beklagt, dass die sogenannte Kantonsklausel die Auswahl unter Kandidaten und Kandidatinnen ungebührlich ein-

schränke. Sogleich wird dann gefordert, diese Beschränkung der Wählbarkeitsvoraussetzungen sei sofort zu streichen. An die damaligen Schwüre sollte man sich erinnern, denn die Chance zur Streichung der Kantonsklausel ist jetzt da.

### Kantönligeist?

Es wäre falsch, den Befürwortern der Kantonsklausel vorzuwerfen. Immerhin ist diese Einschränkung der Wählbarkeitsvoraussetzungen sehr traditionsreich. Sie verhinderte in der Vergangenheit in einigen Fällen, dass die Interessen des Standes ein Übergewicht erhielten. Vielleicht hat auch darum zwar die regionale, kaum aber die kantonale Herkunft einer

Bundesrätin oder eines Bundesrates bei der Amtshandhabung eine auffällige Rolle gespielt. Historisch hat die Kantonsklausel in diesem Sinne durchaus ihre Existenzberechtigung gehabt.

### Schranke gegen Dominanz

Die Kantonsklausel wurde nicht zuletzt geschaffen, um die bevölkerungsreicheren Kantone im Zaum zu halten. Die institutionelle Schranke gegen die Dominanz in Zürich, Bern und Waadt mochte seinerzeit ihre Berechtigung gehabt haben. Die Verhältnisse bezüglich Mobilität, Wohnsitzflexibilität und Austausch zwischen den Kantonen liegen heute aber grundlegend anders. Das Parlament, das

sonst so gerne gegen die Schwächung der eigenen Kompetenzen ins Feld zieht, hat hier die Möglichkeit, seine eigene Wahlfreiheit entscheidend zu vergrössern. Die Vergrösserung von Wahlmöglichkeiten darf auch als liberales Postulat gelten. Die Kantonszugehörigkeit wird in der Begründung einer Bundesratskandidatur weiterhin eine mitunter entscheidende Rolle spielen. Allerdings wäre das dann eine Schranke im Kopf statt einer Schranke in der Verfassung.

### Lockerung muss vor Volk und Stände

Die Lockerung oder Aufhebung der Kantonsklausel ist eine Teilrevision der geltenden Bundesverfassung. Die

Änderung ist deshalb Volk und Ständen zur Abstimmung vorzulegen. Die kleineren Stände verfügen zahlenmässig klar über die Mehrheit. Sie wären also in der Lage, eine Aufhebung der Kantonsklausel zu verhindern. Ob sich die kleineren Kantone von der Zusage der «Schranke im Kopf» besänftigen lassen, ist fraglich: Bis zur entsprechenden Volksabstimmung sind die Mühen mit den Restriktionen bei der Kandidatenauswahl wieder in den Hintergrund gerückt. Der erfolgsversprechendere Weg führt deshalb über eine zwar gelockerte, aber trotzdem institutionelle Schranke im Sinne des Minderheitenschutzes, wie sie jetzt vorliegt. ■

# ZYPERN

VERKÜRZEN SIE IHREN WINTER BEI ANGENEHMEN TEMPERATUREN BIS ZU 25°

PAPHOS ab **499.-**



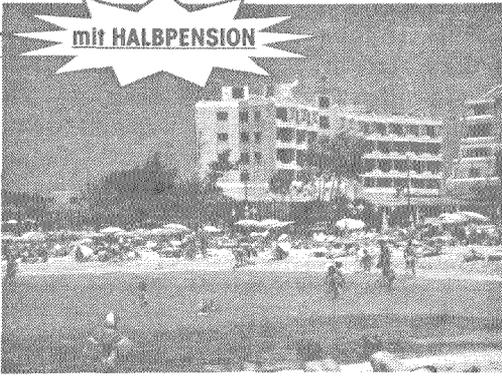
## Hotel Kings 2\* (ZF)

**Lage:** 300 Meter vom Strand entfernt, in der Nähe von Hafen und zahlreichen Sehenswürdigkeiten in Kato Paphos. Wenige Gehminuten zu Tavernen, Bars und Einkaufsmöglichkeiten etc.

**Zimmer:** 40 Zimmer mit Balkon, Klimaanlage, Heizung, Bad mit Dusche, Radio und Telefon.

**Einrichtungen:** Restaurant, Fitnessraum, Sauna, Jacuzzi, Swimmingpool mit Poolbar, Eingangshalle mit 24 Std. Réception, TV-Ecke, Bar, Safe, Fahrrad-, Motorrad- und Autovermietung beim Hotel.

AYIA NAPA ab **680.-**



mit HALBPENSION

## Hotel Pavlo Napa 3\*+ (HP)

**Lage:** Direkt am herrlichen Sandstrand der Nissi Beach, ca 2 km vom Zentrum entfernt. Zahlreiche Tavernen, Pubs und Bars in nächster Umgebung.

**Zimmer:** 96 Zimmer mit Balkon und seitlicher Meeresicht, Klimaanlage, Bad/WC, Telefon, Minibar u. TV.

**Einrichtungen:** Restaurants, Cafeteria, Cocktailbar, Liegeterrasse mit Sonnenschirme und Swimmingpool, Poolbar, kleiner Kinderpool, ein Tennisplatz, Fitnessraum, Sauna, Tischtennis. Wassersport gegen Bezahlung an der Nissi Beach.

PAPHOS ab **695.-**



Inkl. MIETAUTO

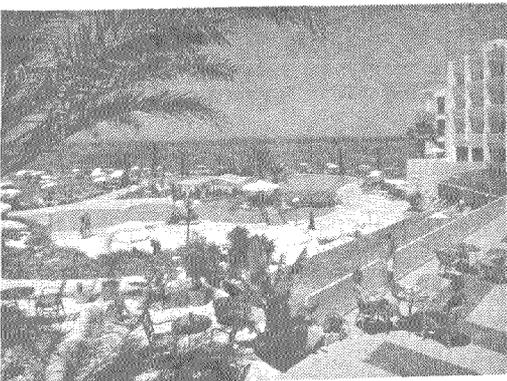
## Hotel St. George 4\*+ (ZF)

**Lage:** Direkt am Strand in einer grossen Gartenanlage, 6 km vom Hafen in Paphos entfernt.

**Zimmer:** 245 Zimmer mit Klimaanlage, Balkon, Bad/Dusche, Fön, Radio, Telefon, Fernseher mit Satellitenempfang, Kühlschrank und Safe.

**Einrichtungen:** 2 Restaurants, Café, Bars, Swimmingpool mit Poolbar, Hallenbad, Kinderclub, Sauna, Fitnessraum, Jacuzzi, Dampfbad, Boutique, Kiosk etc., Sport: Tennis, Billard, Tischtennis, Mini-golf, Squash, Wassersport gegen Bezahlung.

PAPHOS ab **720.-**



## Hotel Azia Beach 5\* (ZF)

**Lage:** Das Azia Beach liegt direkt am Meer, 7 km vom Zentrum von Paphos entfernt. Von einer herrlichen und grossen Gartenanlage umgeben vereint diese 5\* Anlage Luxus und Erholung.

**Zimmer:** Die 183 Zimmer mit Balkon oder Terrasse sind mit Minibar, Satelliten-TV, Radio, Safe, Fön, Telefon und Bad/WC eingerichtet.

**Einrichtungen:** Restaurant und Cafeteria, Wintergartencafé, Poolbar und eine Freiluftbar auf dem Dach, Amphitheater im Garten, grosser Swimmingpool, Hallenbad mit Fitnesszentrum, Sauna, Dampfbad, Jacuzzi, Massage, Nachtlokal und 24h Zimmerservice. Tennisplatz, Squash-Court, Kinderspielplatz, Tischtennis, Billard und ein Spielzimmer. Diverse Wassersportarten werden vom Hotel organisiert. Es gibt Themenabende, Folkloreshows und Sonderabende im Amphitheater, etc.

m. Cyprus Airw. Fr+Sa od. Swissair Di, Mi, Do, Sa, So		bis 16. Dez + Januar		17.-31. Dez Weihnachten		Februar		Kinderrabatt
		1Wo	VN	1Wo	VN	1Wo	VN	
Kings 2*	DZ /ZF	499	17	925	21	599	17	1 Kind 50%
	EZ /ZF	620	28	1040	32	690	28	
Pavlo Napa 3*+ (Familienzimmer)	DZ /HP	680	38	1095	45	750	38	1 Kind 75%
	FaZ /HP	760	50	1199	60	830	50	2 Kinder 75/50%
	EZ /HP	815	56	1225	64	880	56	
St. George 4*+	<b>TOPANGEBOT</b>		<b>Preis inkl. MIETAUTO</b>					
	DZ /ZF	695	50	1155	65	760	50	1 Kind 75%
St. George 4*+	<b>SPECIAL FÜR SINGLES</b>		<b>zum Preis vom Doppel (ausgen. Weihnachten)</b>					
	(Angebot o. Auto) EZ /ZF	630	30	1340	75	695	30	
Azia Beach 5* (Superiorzimmer)	DZ /ZF	720	43	1145	51	790	43	1 Kind 75%
	Sup /ZF	825	58	1245	66	895	58	2 Ki. 75%
	EZ /ZF	999	85	1470	92	1075	85	

Preise exkl. Annullationsvers. 20.-, Flughafensteuern 36.-, Bearbeitungsgebühr 20.-  
Mietauto für 1. Woche 80.-, ab 2. Woche 140.- p/P/Wo (Basis 2 Personen)  
Flug nach Larnaca, Hotel in Paphos: Transfer p/Weg 80.-  
Swissair Zuschlag (ausgenommen Weihnachtssaison) 50.-

**TAKE IT TRAVEL AG**



Bahnhofstr. 10, 6037 Root  
Tel: 041 455 40 20  
Fax 041 455 40 11

Kinderrabatt:  
**-75%**

**REISEGARANTIE**  
Info-Coupon Bitte senden Sie uns Ihren Zypern-Prospekt 98

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_  
PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_  
Auf Postkarte kleben oder in frankiertem Couvert senden an:  
**TAKE IT TRAVEL AG**  
Postfach 642  
6037 Root

1999-2007 ◊ Aussenpolitik

# Isolation ist Illusion

**Ohne zuerst einen Blick auf die jüngste Entwicklung der Welt und unseres Kontinents zu werfen, ist es kaum möglich, seriös über die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik des nächsten Jahrhunderts zu reden. In den letzten Jahrzehnten haben sich in der Tat die internationalen Rahmenbedingungen derart geändert, dass die heutige Situation mit derjenigen der siebziger Jahre fast nicht mehr vergleichbar ist.**

VON FDP-NATIONALRAT  
FULVIO PELLI,  
SORENGO (TI)

Der Ost-West-Konflikt ist in die Ferne gerückt. Europa ist dagegen mit schwer kontrollierbaren Migrationsströmen konfrontiert. Die Europäische Union ist als Institution eine neue, funktionierende und zum Teil unerwartete Realität geworden. Fast alle Lebensbereiche sind durch eine immer ausgeprägtere internationale Vernetzung gekennzeichnet. So wie es üblich ist, von der Globalisierung der Wirtschaft zu sprechen, könnte das Wort auch für viele andere Bereiche des sozialen Lebens gebraucht werden: als Beispiele können das elektronische Informationssystem oder die internationalen Verkehrsverbindungen genannt werden. Auch die Politik hat sich dieser Tendenz genähert, und zwar als Folge der Feststellung einer Zunahme der Problembereiche, die nur im internationalen Verbund gelöst werden können.

## Aussenpolitische Rolle der Schweiz

In dieser neuen Welt bewegt sich die Schweiz widersprüchlich: während eine sehr starke internationale Verflechtung der Schweizer Wirtschaft festzustellen ist, irrt die Politik

zwischen Alleingang und gescheiterter Integrationspolitik ziellos hin und her. Die Versuche, mit unseren europäischen Nachbarn bilateral zu verhandeln, gehen nur schleppend vorwärts. Unsere nationale Autonomie relativiert sich immer mehr: wir sind zum autonomen Nachvollzug verpflichtet. Sogar der Wert unserer bewaffneten Neutralität wird immer mehr in Frage gestellt, wie unsere totale Isolation im Fall der nachrichtenlosen Vermögen und der Raubgold-Affäre zeigt.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Schweizer Aussenpolitik nur selten aufgedrängt: das erfolgreiche Präsidium der OSZE stellt dabei eine glückliche Ausnahme dar. Unsere traditionellen Stärken, wie etwa das Angebot der «Guten Dienste», scheinen keinen grossen Kredit mehr zu geniessen. Unsere Aussenpolitik ist primär reaktiv geworden. Nach aussen gilt die Schweiz, sicher auch wegen ihres Abseitsstehens, nicht als moderner, zukunftsgerichteter und kooperationswilliger Staat. Sie ist ein Leichtgewicht geworden.

## Seriöse nationale Debatte fehlt

Deshalb besteht ein bedeutender Handlungsbedarf:

das hat die Geschäftsleitung der FDP erkannt und sich die Frage gestellt, wie die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz des nächsten Jahrhunderts aussehen soll. Erkannt wurde zudem, dass trotz diesem bedeutenden Handlungsbedarf eine seriöse nationale Debatte fehlt: bei der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere in der deutschen Schweiz, scheint die Frage der künftigen internationalen Rolle der Schweiz kaum ein Thema zu sein.

Gegner und Befürworter eines EU-Beitrittes halten sich die Waage. Alle anderen Themen, die eine Neupositionierung der Schweiz im internationalen Umfeld herbeiführen könnten, wie ein Uno-Beitritt, eine Neudefinition der Neutralität und die internationale Rolle unserer Armee, stehen höchstens am Rande auf der politischen Agenda.

## Erneuerung verlangt Auseinandersetzung

Deshalb enthält die Erneuerungsstrategie 1998-2007 der FDP die Vision, dass die Schweiz im Jahre 2007 Mitglied der EU und der Uno sein wird und dass unsere Armee ihren Auftrag im Uno/Nato-Verbund erfüllen wird. Eine Partei, die sich im Land als Modernisierung- und Erneuerungskraft profilieren will, muss die Debatte auch über diese so wichtigen Themen lancieren und eine Vision einer zukunftsgerichteten, erfolgreichen Schweiz tragen: einer Schweiz, die international, dank einer Mitwirkung in den internationalen Organisationen und Institutionen, aktiv handelt und nicht mehr zu passiven Reaktionen verpflichtet ist.

Die vielleicht grösste Schwierigkeit, eine nationale Debatte über die Rolle der Schweiz im internationalen Umfeld zu lancieren, liegt wie gesagt in der Tatsache, dass trotz starker Stellung des Souveräns wenig Aufklärung der Bevölkerung bezüglich internationaler Angelegenheiten stattfindet. In diesem Sinne ist es zu begrüssen, dass der Bundesrat entschieden hat, in den nächsten Monaten einen Integrationsbericht über Vor- und Nachteile der verschiedenen Szenarien hinsichtlich der Annäherung der Schweiz an die EU zu publizieren. Und ebenso zu begrüssen ist auch die Lancierung einer Volksinitiative zur Frage des Uno-Beitrittes. Beide Schritte werden zweifellos zur besseren Kenntnisnahme der internationalen Beziehungen unseres Landes beitragen.

## Verzerrungen der Wahrnehmung entgegenwirken

Was unsere Annäherung an die EU anbelangt, wurde schon anlässlich der FDP-Delegiertenversammlung in Interlaken 1995 entschieden, dass das langfristige Ziel unserer Politik der Beitritt sei: es handelt sich um einen Wunsch und eine Überzeugung, die mehrheitlich von unserer Partei mitgetragen wird. Es besteht jedoch auch eine Option, die immer noch glaubt, es sei möglich, den Alleingang durchzuziehen. Inzwischen haben viele jedoch verstanden, dass es ein Fehler war, die Chance des EWR nicht zu nützen. Inzwischen wird sogar ein EWR II, trotz seinen institutionellen Nachteilen, vor-

## ZUM THEMA

Unsere Aussenpolitik ist primär reaktiv geworden.

Eine Partei, die sich im Land als Modernisierung- und Erneuerungskraft profilieren will, muss die Debatte auch über diese so wichtigen Themen lancieren und eine Vision einer zukunftsgerichteten, erfolgreichen Schweiz tragen.

Voraussetzung jeglicher Überzeugung ist ein hoher Informationsgrad der Bevölkerung.

geschlagen. Strategisch ist für die Partei deshalb die Frage wichtig, ob eine Politik, die auf einen raschen Beitritt der Schweiz zur EU drängt, reelle Erfolgchancen haben kann. Oder anders: ob es zu erwarten ist, dass sich die EU-Frage innenpolitisch kurzfristig deblockieren wird?

In einer solchen Lage ist es wichtig festzustellen, dass den Verzerrungen der EU-Wahrnehmung Einhalt geboten werden muss. Deshalb haben sich die Anstrengungen der Partei insbesondere auf die Organisation der Debatte zu konzentrieren. Voraussetzung jeglicher Überzeugung ist ein hoher Informationsgrad der Bevölkerung. Ohne umfassende Information ist in der Schweiz kein Ziel erreichbar! Die Kommunikation hat deshalb nicht über die «Wir müssen»-, sondern über die «Wir wollen»-Parole zu erfolgen. Das gilt sowohl für die parteiinterne als auch für die nationale Debatte.

## Oberste Priorität: bilaterale Verhandlungen

Oberste Priorität unserer Integrationspolitik hat der

## ZUM THEMA

.....  
 Daher stellt sich für uns die Frage, zu welchem Zeitpunkt wir unser in Brüssel liegendes Beitritts-gesuch wieder aktivieren müssen.

.....  
 Die langfristigen Vorteile einer Annäherung sind viel grösser als die kurzfristigen Nachteile.

.....  
 Alle hoffen auf einen raschen Abschluss der bilateralen Verhandlungen.



Nationalrat und FDP-Vizepräsident Fulvio Pelli: «Der Druck auf eine Schweiz im Alleingang wäre untragbar.»

Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU: darüber herrscht in der Partei Einstimmigkeit. Die Isolation der Schweiz ist ein so grosser Nachteil, dass es sehr wichtig geworden ist, erfolgreich einen ersten Integrationsschritt zu vollenden. Die Ratifikation und die tatsächliche Inkraftsetzung der mit der Kommission abgeschlossenen Vereinbarungen werden sowohl in den EU-Ländern als auch in der Schweiz mehrere Jahre in Anspruch nehmen, insbesondere auch wegen der vereinbarten Übergangsfristen.

Während dieser Zeit wird auch die EU sicher weitere interne Integrations-schritte durchlaufen. Daher stellt sich für uns die Frage, zu welchem Zeitpunkt wir unser in Brüssel liegendes Beitritts-gesuch wieder aktivieren müssen. Können wir es uns leisten, weiter abzuwarten, oder ist die Lage so, dass je länger wir warten, desto schwieriger die Integration und desto höher der zu zahlende Preis sein wird?

Am Beispiel der Transit-verhandlungen kann eindeutig festgestellt werden,

dass die EU in Zukunft immer weniger Interesse daran haben wird, zuerst innere Probleme und Schwierigkeiten lösen zu müssen, um mit einem kleinen Land wie der Schweiz Vereinbarungen treffen zu können. Dazu kommt auch, dass für die Schweiz keine Chance besteht, in den künftigen Verhandlungen mehr zu bekommen, als die verschiedenen Mitgliederstaaten innerhalb der EU beanspruchen können.

Aus der EU-Asylpolitik könnte man auch schliessen, dass das Abseitsstehen mit vielen grossen Risiken verbunden ist: welchen Preis werden wir zu bezahlen haben, um am Dubliner Abkommen teilnehmen zu können? Und wenn der Preis zu hoch sein wird, können wir es uns leisten, eine Asylpolitik im Alleingang zu betreiben? Somit ist die wichtigste Frage nicht, ob wir der EU beitreten wollen, sondern, ob wir

es uns weiterhin leisten können, abseits zu stehen? Und wenn eventuell ja, wie lange?

#### «Kontrollierte Öffnung»

Trotz allen Schwierigkeiten hoffen die meisten, es sei möglich, langsam vorwärts zu gehen. Man könnte zuerst den Abschluss der bilateralen Verhandlungen abwarten, dann vielleicht die Frage der Mitgliedschaft in der Uno als Test der Sensibilität der Schweizer gegenüber der Integrationsstrategie stellen und erst nachher der für die Schweiz sicher wichtigsten Frage des EU-Beitrittes entgegen-treten. Man könnte diese Haltung als «kontrollierte Öffnung» bezeichnen.

Die meisten, aber nicht alle Vertreter der Wirtschaft scheinen dieses Vorgehen vorzuziehen. Vielleicht weil mit den bilateralen Verhandlungen in den für die Wirtschaft wichtigsten Gebieten befriedigende Lö-

sungen gefunden werden sollten. Hinter dieser Haltung stehen jedoch auch viele FDP-Politiker, die sich nicht vorstellen können, die Schweizer Bevölkerung sei so einfach zu überzeugen, oder aber die im Hinblick auf die kommenden Wahlen kein Risiko eingehen wollen.

#### Schnelle Integration der EU

Andere glauben dagegen, und dazu gehört auch ein Teil der Wirtschaftsvertreter, dass der EU-Beitritt die einzige Möglichkeit ist, unsere Zukunft tatsächlich mitgestalten zu können. Begründen lässt sich diese Haltung damit, dass sich die EU immer mehr integriert und schnell erstarkt. Es drängt somit, über den Beitritt zu entscheiden. Die Schweiz muss dabeisein, um gemeinsam mit den anderen Ländern das Europa des nächsten Jahrhunderts zu gestalten. Die langfristigen Vorteile einer Annäherung sind viel grösser als die kurzfristigen Nachteile.

Zudem ist die Schweiz zu gross, um eine Haltung «à la Monte Carlo» einnehmen zu können, und zu klein, um ausserhalb der EU leben zu können. Der

Druck auf eine Schweiz im Alleingang würde untragbar, und die Kosten des Abseitsstehens würden somit viel grösser als diejenigen des Beitrittes.

Die Partei scheint noch nicht reif, eine definitive Antwort auf diese Frage geben zu können. Seit einigen Jahren ist die Debatte zum Stillstand gekommen. Alle hoffen auf einen raschen Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Prioritär ist deshalb, die interne Diskussion neu zu lancieren, um während der nächsten Jahre eine überzeugende Antwort finden zu können. Ich gehöre zu den Parteimitgliedern, die sich keine Illusionen darüber machen, es sei möglich, ausserhalb der EU zu bleiben. Ich bin auch überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung imstande ist, die zunehmend untragbaren Schwierigkeiten des Abseitsstehens zu verstehen und die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen.

## Die Schweiz ist Teil Europas und der Welt

Aus der FDP-Vision «Unsere Schweiz 2007»

Ihre aktive profilierte Mitwirkung nach aussen in Form der Mitgliedschaften bei EU und Uno ermöglicht der Schweiz, ihre besonderen Erfahrungen und Leistungen proaktiv einzubringen. Durch die aktive, gemeinsame Asylaus-senpolitik gelingt es,

den Zustrom von Asyl-suchenden auf einem tiefen Niveau zu stabilisieren. Unser Land verfügt über eine moderne, mobile Milizarmee, die ihren Auftrag im Uno/Nato-Verbund erfüllt.

# Ein JA für eine gelebte Kulturlandschaft

**Die Änderung des Raumplanungsgesetzes schafft klare Regeln für die Nutzung nicht mehr benötigter landwirtschaftlicher Bauten und bietet der Landwirtschaft Hilfe zur Selbsthilfe. Bundesrat und Parlament empfehlen daher, dem revidierten Raumplanungsgesetz, gegen das die Kleinbauern, die Grüne Partei der Schweiz und verschiedene Umweltschutzorganisationen das Referendum ergriffen haben, am 7. Februar 1999 zuzustimmen. Für den neuen Direktor des Bundesamtes für Raumplanung und ehemaligen Appenzell Ausserrhoder Bau- und Umweltschutzdirektor, Ueli Widmer (FDP), ist die Gesetzesvorlage kein Freipass für die Zersiedelung, sondern vielmehr ein massvoller Kompromiss zwischen dem für die Entwicklung der Landwirtschaft nötigen Spielraum und den Anliegen des Landschaftschutzes.**

**IST DER ZEITPUNKT FÜR EINE REVISION DES RAUMPLANUNGSGESETZES IM SENSIBLEN BEREICH DES BAUENS AUSSERHALB DER BAUZONEN NICHT VERFEHLT?**

*U. Widmer:* Die Revision des Raumplanungsgesetzes geht zurück auf die seinerzeit von Ständerat Ulrich Zimmerli (SVP) eingereichte Motion. Die Problematik, die damals Anlass zur Motion war, hat im Verlauf der letzten Jahre nichts an Aktualität eingebüsst. Wie Sie wissen, steht die Landwirtschaft unter erhöhtem Wettbewerbsdruck. Sie muss sich in der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft behaupten, also muss sie die bestehenden Möglichkeiten zur ökologischen und kostengünstigen Produktion unbedingt ausschöpfen können. Die Vorlage eröffnet zusätzlichen Spielraum für unternehmerische Eigeninitiative und Kreativität, bietet Bäuerinnen

und Bauern so Hilfe zur Selbsthilfe und trägt nicht zuletzt dazu bei, die bestehende, das Landschaftsbild bereichernde und prägende Baustubstanz zu erhalten.

**DIE VORLAGE ERÖFFNET NEUE MÖGLICHKEITEN, UM BESTEHENDE BAUTEN ZU LANDWIRTSCHAFTSFREMDEN ZWECKEN VERWENDEN ZU KÖNNEN. WIRD DAMIT – WIE DIE GEGNER BEHAUPTEN – NICHT DER ZERSIEDELUNG UND ZERSTÖRUNG DER LANDSCHAFT VORSCHUB GELEISTET?**

*U. Widmer:* Nein, überhaupt nicht! Es ist unbestritten, dass die Zahl der für die Landwirtschaft nicht mehr benötigten Gebäude als Folge des Strukturwandels zunimmt. Es stellt sich daher zwangsläufig die Frage, was denn mit diesen Bauten geschehen soll: Wollen wir sie einfach verfallen lassen, oder sollen sie nicht vielmehr einem neuen, landschaftsverträglichen Verwendungszweck zugeführt werden können? Sie werden

mit mir einiggehen – denken Sie nur an die sehr unterschiedlichen Landschafts- und Siedlungstypologien in der Schweiz, dass oft gerade die Bauten den Reiz einer Landschaft ausmachen. Würden sie einfach verschwinden oder zu Ruinen verkommen, so würde sich daher auch das Landschaftsbild nachteilig verändern. Da es im Rahmen des heute gültigen Raumplanungsgesetzes schwierig ist, diese Bauten einem sinnvollen neuen Verwendungszweck zuzuführen, drängt sich die Eröffnung neuer Umnutzungsmöglichkeiten daher gerade auch im Interesse einer gelebten Kulturlandschaft auf. Und ein Museum Schweiz «à la Ballenberg» wollen wir nicht. Die Gesetzesvorlage, über die wir im kommenden Februar abstimmen werden, dient somit nicht nur der Landwirtschaft; sie leistet vielmehr zum Nutzen aller auch einen wertvollen Beitrag für eine gedeihliche Weiterentwicklung des ländlichen Raums. Schliesslich gebe ich aber auch deutlich Folgendes zu bedenken: Für landwirtschaftsfremde Nutzungen stehen nur Bauten zur Verfügung, die bereits heute bestehen. Zu solchen Zwecken dürfen somit keine Neubauten errichtet werden. Die Befürchtung,



**Der neue Direktor des Bundesamtes für Raumplanung, Ueli Widmer, setzt sich für die Revision des Raumplanungsgesetzes ein: «Die Vorlage eröffnet zusätzlichen Spielraum für unternehmerische Eigeninitiative.»**

dass intakte Landschaften nunmehr zusätzlich verbaut und zersiedelt würden, ist unbegründet und daneben gegrieffen.

**WENN BÄUERLICHER BODEN FÜR GEWERBLICHE ZWECKE FREIGEgeben WIRD, STEIGEN DIE BODENPREISE – SAGEN DIE GEGNER. SIE BEFÜRCHTEN DAMIT EINE ZUNAHME DER BODENSPEKULATION UND EINE KONKURRENZIERUNG DES GEWERBES**

*U. Widmer:* Ein Neben-erwerb aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit gibt den Bauern zusätzliche Flexibilität, ohne irgendeine Branche des Gewerbes ernsthaft zu konkurrenzieren. Die neu zulässigen nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetriebe müssen zudem – und das scheint mir sehr wichtig – in jeder Beziehung die gleichen Anforderungen erfüllen wie ein Gewerbebetrieb. Das Ge-

setz lässt nichtlandwirtschaftliche Aktivitäten nur in bestehenden Gebäuden und nur in Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Haupttätigkeit zu. Für gewerbliche Zwecke wird dafür kein zusätzlicher Boden freigegeben! Gewerbebetriebe ohne ein landwirtschaftliches Standbein und damit eigentliche «Gewerbeinseln» werden auch künftig nicht auf der grünen Wiese bewilligt werden dürfen. Schliesslich trägt aber auch das bäuerliche Bodenrecht dazu bei, dass weder steigende Bodenpreise noch eine zunehmende Bodenspekulation zu befürchten sind.

**STICHWORT FLEXIBILITÄT UND AUSNAHMENREGELUNG. SCHON DAS GELTENDE GESETZ ERÖFFNET GEWISSE SPIELRÄUME. WIRD NUN, WIE DIE GEGNER BEHAUPTEN, MIT EINER FÜLLE NEUER GESETZESARTIKEL DIE RECHTSSICHERHEIT WEGFALLEN UND DER VOLLZUG ERSCHWERT WERDEN?**

*U. Widmer:* Die Revision des Raumplanungsgesetzes erlaubt eine Öffnung nur in eng begrenzten Bahnen. Wir sind überzeugt, dass gelebte Praxis und Gesetz, die heute zum Teil leider auseinanderfallen, einander dank den neuen Bestimmungen wieder nähergebracht werden können. Das Gesetz hilft aber auch, heute bestehende Rechtsunsicherheiten zu beseitigen. Ein Rechtsstaat wird am Vollzug gemessen! Ich bin überzeugt, die Kantone sind sich dessen bewusst und werden ihr Augenmerk darauf richten. ■

# Kunst schenken macht Freude!

## A. Rodin

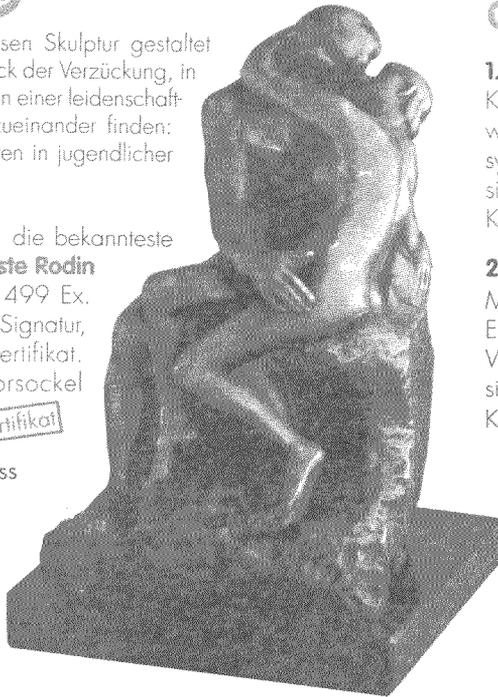
Mit dieser grandiosen Skulptur gestaltet Rodin den Augenblick der Verzückung, in dem zwei Liebende in einer leidenschaftlichen Umarmung zueinander finden: zwei nackte Gestalten in jugendlicher Verzauberung.

„Der Kuss“ 1886, die bekannteste Skulptur von **Auguste Rodin** Limitiert auf nur je 499 Ex. Mit eingegossener Signatur, nummeriert, mit Zertifikat. Höhe mit Marmorsockel 27,5 cm.

Mit Zertifikat

In Bronze-Kunstguss (Cold-Cast-Bronze)  
Fr. 1'280.-

In echter Bronze  
einzeln von Hand  
gegossen.  
Fr. 2'780.-



## Glücksbringer alter Kulturen

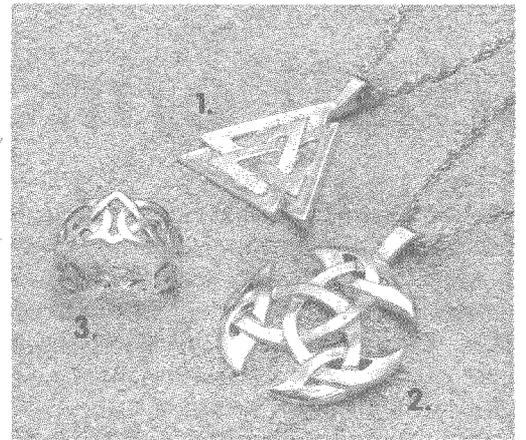
**FDPO**

### 1. „Keltischer Knoten“

Keltisches Schutz-Amulett, welches das göttliche Auge symbolisiert. 925er Sterling-silber, vergoldet. Höhe 3 cm, Kette 60 cm. Fr. 135.-

### 2. „Keltische Dreifalt“

Magisches Kelten-Amulett zur Erreichung von Zielen und Wünschen. 925er Sterling-silber, vergoldet. Ø 3 cm, Kette 60 cm. Fr. 149.-



### 3. „Keltischer Ring“

Die ineinander verschlungene, quasi endlose Linie symbolisiert Kontinuität und damit die Hoffnung auf ein langes Leben. 925er Sterlingsilber, vergoldet. Ring unten offen, Weite verstellbar für normale Grössen. Fr. 65.-

„A Fish called Wanda“ Künstlerkrawatte von **James Rizzi** in feinsten Seide. Fr. 149.-



168.-



## Rolf Knie

„The Virtue of Patience“ (Abb. links)

**Gross:** Kunstdruck mit zusätzlichen Farbprägungen, in weissem Holzrahmen lackiert, 67 x 88 cm. Fr. 298.-

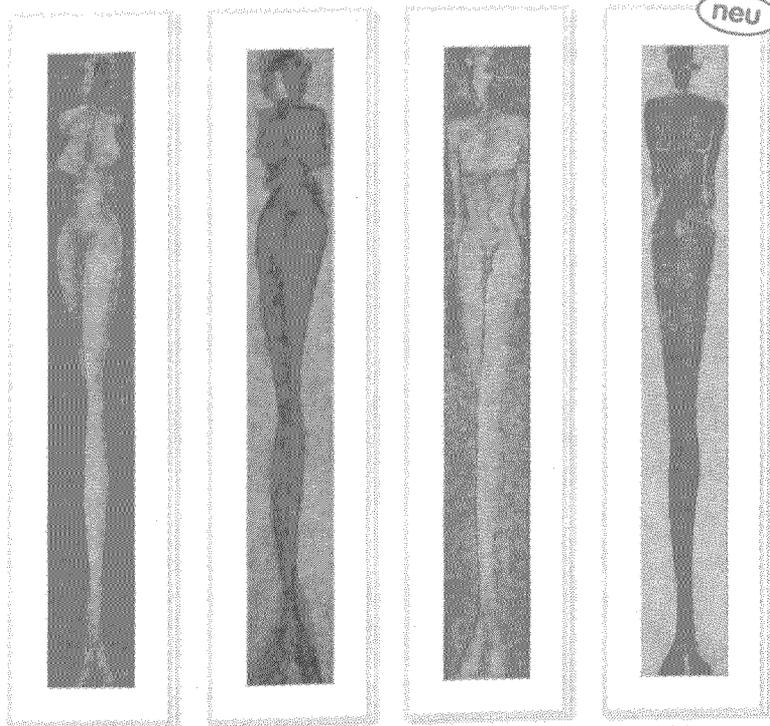
**Klein:** Kunstdruck in weissem Holzrahmen mit erhöhter Innenkante, 30 x 36 cm. Fr. 168.-



„Espressotassen“ Sie und Ihre Gäste werden begeistert sein, den Espresso aus diesen wunderschönen **Picasso-Tassen** zu trinken! Tassenhöhe 5,5 cm, Unterteller Ø 12 cm. 4 Tassen zus. aus feinstem Porzellan. Fr. 135.-

Coupon einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz Kretz AG**, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

## „When a man loves a women“ Vier Kunstdrucke von Franz Ruzicka



„woman red“

„woman blue“

„man red“

„man blue“

in exklusiver Atelierrahmung weisser Metallrahmen mit Schrägschnitt-passepartout. Format gerahmt 92,5 x 21,5 cm. Je Fr. 215.-  
Zwei zus. Fr. 390.- statt Fr. 430.-

„Men and Women“ alle vier Kunstdrucke zusammen Fr. 760.- statt Fr. 860.-

## Bestell-Gutschein mit Rückgabegarantie

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

117.4FDP/11/98.1274

- **Auguste Rodin** "Der Kuss"
  - Bronze-Kunstguss Fr. 1'280.-
  - In echter Bronze Fr. 2'780.-
- **Rolf Knie** "The Virtue of Patience"
  - Gross Fr. 298.-
  - Klein Fr. 168.-
- **Keltischer Schmuck**
  - "Keltischer Knoten" Fr. 135.-
  - "Keltische Dreifalt" Fr. 149.-
  - "Keltischer Ring" Fr. 65.-
- **James Rizzi** Seidenkrawatte
  - "A Fish called Wanda" Fr. 149.-
- **Pablo Picasso**
  - "Espressotassen" Set Fr. 135.-
- **Franz Ruzicka**
  - Alle vier Werke zus. Fr. 760.- statt Fr. 860.-
  - "woman red" Fr. 215.-
  - "woman blue" Fr. 215.-
  - "man red" Fr. 215.-
  - "man blue" Fr. 215.-
  - Zwei Kunstdrucke zus. Fr. 390.- statt Fr. 430.- (bitte gew. Werke ankreuzen)

• Preise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungsanteile.

•  Ich bin an Kunst interessiert. Senden Sie mir kostenlos Ihren Katalog.

• Name \_\_\_\_\_

• Vorname \_\_\_\_\_

• Str./Nr. \_\_\_\_\_

• PLZ/Ort \_\_\_\_\_

• Telefon \_\_\_\_\_

• Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

• **Leserangebot FDP Schweiz**

• Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

# Arbeit ermöglichen

**Der Arbeitsmarkt ist in Bewegung. Unter anderem dank sehr vielen Neugründungen von Klein- und Kleinstfirmen konnte das Ausmass der Arbeitslosigkeit inzwischen beschränkt werden. Dieses wieder etwas freundlichere Umfeld regt zum Nachdenken an über neue Strategien, die Arbeit ermöglichen.**

VON FDP-STÄNDERÄTIN  
CHRISTINE BEERLI,  
BIEL (BE)

Im Zeitraum von 1970 bis 1994 ist in der Schweiz die Fiskalquote (Steuern, obligatorische Sozialversicherungen in Prozenten des Bruttoinlandproduktes) von 23,8 auf 33,9% gestiegen. Dies bedeutet im internationalen Vergleich eine überdurchschnittliche Zunahme. Rechnet man auch die obligatorische berufliche Vorsorge mit ein, so beläuft sich die Fiskalquote auf gegen 40%. Sie liegt damit höher als in einem guten Teil unserer wichtigen Konkurrenzländer (England, USA und Japan). Durch eine Senkung der Lohnnebenkosten, welche durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer aufzufangen ist, bieten wir die besten Voraussetzungen für

die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Um auch die Arbeitnehmer an diesem Vorgang zu interessieren und gleichzeitig den Inlandkonsum anzukurbeln, ist ein Teil dieser Senkung der Lohnnebenkosten in Form von Lohnerhöhungen weiterzugeben.

## Ungesunde Privilegierung der Verschuldung

Die multinationalen Konzerne, die exportorientierten KMUs, die für den Inlandmarkt produzierenden KMUs und das Gewerbe, sie alle sind starke Pfeiler unserer Volkswirtschaft und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. 75% aller Beschäftigten sind in Betrieben mit weniger als 250 Vollzeitangestellten tätig. Die Durchschnittsgrösse eines Unternehmens beläuft sich auf 10 Beschäftigte. In Unternehmen mit



FDP-Ständerätin und Fraktionspräsidentin Christine Beerli: «Ein Steuersystem, das Verschuldung gegenüber Eigenkapital bevorzugt, ist ungesund.» (Photo ruti)

10 bis 49 Beschäftigten arbeiten 25% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in privaten Firmen angestellt sind. Die kleinen und mittleren Unternehmen prägen daher die schweizerische Volkswirtschaft. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind stark, flexibel und innovativ. Sie wollen nicht gefördert werden – sondern faire Rahmenbedingungen antreffen. Hier bleibt einiges zu tun. Namentlich ist ein Steuersystem, das Verschuldung gegenüber Eigenkapital bevorzugt, in höchstem Masse ungesund.

## Keine administrativen Barrieren aufstellen

Die rasanten Entwicklungen bei der Informationstechnologie und im Telekommunikationsbereich werden nicht nur das Bildungswesen beeinflussen, sondern auch den Arbeitsmarkt des Jahres 2007 prägen. Der Anteil an Kleinstfirmen und Selbständigerwerbenden wird weiter zunehmen und markant höher sein als heute. Diesen Leuten dürfen keine administrativen Barrieren in den Weg gelegt werden, und sie sind im Bereich der Sozialversicherungen und der beruflichen Altersvorsorge nicht schlechter zu stellen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## Bessere Zeiten auf dem Arbeitsmarkt

Das Wachstum unserer Wirtschaft in diesem Jahr hat die Arbeitslosenquote zum Glück auf 3,2% sinken lassen. Gerade wenn auf dem Arbeitsmarkt etwas bessere Zeiten auf uns zukommen, müssen wir den Mut haben, das System der Arbeitslosenversicherung

grundsätzlich zu überdenken. Ich spreche dabei nicht von einem Abbau, sondern von einer Um- und Neugestaltung allenfalls nach der folgenden Gedanken-skizze:

Die Arbeitslosenversicherung wird in eine obligatorische, vom Staat angebotene und das Existenzminimum absichernde Grundversicherung sowie in eine freiwillige, in Varianten angebotene Zusatzversicherung aufgeteilt. Bei der Zusatzversicherung werden 2 oder 3 Typen angeboten, deren Wahl auch die zu bezahlende Prämie beeinflusst. Ein junger, gut ausgebildeter Berufsmann wird sich vielleicht für die Möglichkeit entscheiden, die über kurze Zeit ein relativ hohes Taggeld anbietet, währenddem eine ältere Angestellte sich allenfalls für ein tieferes Taggeld über längere Dauer entscheidet. Ein Versicherter mit einem beträchtlichen Vermögen kann eine lange Karenzzeit wählen und handelt sich dabei einen tieferen Beitragssatz ein. Nach diesem Konzept sollen mündige Bürger auch in der Arbeitslosenversicherung selber entscheiden können, ob sie ihr Einkommen für einen zusätzlichen sozialen Schutz oberhalb einer Mindestabsicherung oder für andere Zwecke verwenden wollen.

## WOHN- UND FERIENHÄUSER IM GOMS WALLIS

Seit mehr als 25 Jahren bauen wir für Sie Ferienwohnungen und Chalets im Oberwallis mit heimischen Handwerkern in solider Ausführung zu guten Preisen.



Verkauf - Vermittlung - Vermietung - Verwaltung

Weitere Objekte auf Anfrage.

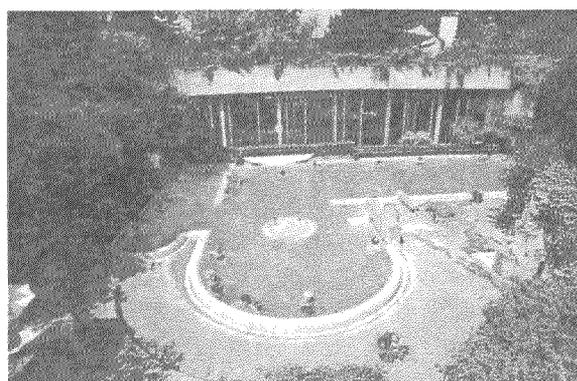


ADOLF KENZELMANN

Bauherr und Auskunft: Tel. 027 923 33 33, Fax 924 37 69, Englisch-Gruss-Strasse 17, 3900 Brig



Mitglied Verband schweizerischer Immobilien-Trouhänder; Mitglied FIABCI, Internationaler Verband der Immobilienberufe



# Gesundheit & Lebensfreude

Kennen Sie **ThermalBaden?**

Wo sich schon im frühen Mittelalter Menschen von nah und fern trafen, um Erholung im heilenden VerenaBad zu finden, steht heute das romantische Hotel Verena Hof mit seinem Thermalschwimmbad – wie ehemals ein Zentrum der Gesundheit, der Begegnung und der Lebensfreude.

Lebensfreude – Gesundheit mit Genuss. Dies verspricht ThermalBaden. Zu Recht, denn seit Jahrhunderten sprudelt hier das mineralreichste Thermalwasser der Schweiz aus 19 heißen Quellen. Absolut naturbelassen und herrlich warm (36 °C), erweist es sich ganz im Sinne der heiligen Verena als beständiger Segen für alle, die Sinn für (Bade-) Kultur haben. Eine Entdeckungsreise in die Wellness-Oase vor den Toren Zürichs lohnt sich. ThermalBaden ist einfach, in kurzer Zeit, mit öffentlichen wie privaten Verkehrsmitteln erreichbar.

Atmosphäre dezenten Luxus. Als einziges Hotel im verkehrsfreien ThermalBaden verfügt das romantische Belle-Époque-Hotel Verena Hof über direkten Zugang zum Thermalbad wie auch zum modern ausgestatteten Trainings- und Therapiezentrum. Ärzte und Fachkräfte kümmern sich dort um das Wohl der Verena Hof-Gäste, pflegen und verwöhnen mit Massagen, Fango, Wickeln und revitalisierenden Therapien. Zum umfassenden Angebot des Hotels Verena Hof gehören Beauty-Salon, Sauna, Solarium und natürlich eine feine, marktfrische Küche (auf Wunsch auch Diäten) mit vegetarischen Menüs und Vollwertmenüs zur Wahl.

ThermalBaden bietet zudem Unterhaltung nach Lust und Laune! Kinos, Theater, Casino, Galerien und Museen lassen reichlich Gestaltungsspielraum für ein abwechslungsreiches kulturelles Rahmenprogramm. Auf der Limmatpromenade oder den Hügeln der näheren Umgebung lässt es sich wunderbar spazieren. Ausserdem ist ThermalBaden ein optimaler Ausgangspunkt für Tagesausflüge.

Ich erfahre gerne mehr über ThermalBaden. Bitte senden Sie mir Unterlagen:

Name .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Einsenden an: Hotel Verena Hof  
ThermalBaden  
5400 Baden

FDP 12/98

Schon ab **Fr. 298.-** gibt es **Wochenendangebote** zum Kennenlernen (zwei Nächte/drei Tage, inkl. Halbpension, Thermalbad, Sauna und Fitness und noch viel mehr). Wünschen Sie eine ausführliche Dokumentation? Rufen Sie an: Tel. 056 203 93 93. Oder füllen Sie gleich den Bestelltalon aus.

Gönnen Sie sich einen Aufenthalt im Verena Hof. Bringen Sie jetzt Körper und Geist in Schwung!

Hotel Verena Hof, 5400 Baden  
**Tel. 056 203 93 93**



Das Hotel Verena Hof bietet Ruhe und Erholung in einer

## Sie haben es verdient!

VORSCHAU  Die Präsidentin hat das Wort

# 1999 – Ein schweizerisches Jahr der Frauen?

**Am 30. November bzw. 9. Dezember 1998 stehen die Wahlen zu den höchsten Ämtern für das kommende Jahr auf dem Tagesplan der Bundesversammlung. Voraussichtlich wird Trix Heberlein als erste freisinnige Frau zur Präsidentin des Nationalrates und somit zur höchsten Schweizerin gewählt.**

**SIBYLLE BURGER-BONO,  
PRÄSIDENTIN  
FDP-FRAUEN SCHWEIZ**



Sibylle Burger-Bono.

## Endlich Verabschiedung der Fristenregelung?

Sie wird als fünfte Frau überhaupt dieses Amt innehaben. Mit Trix Heberlein wird eine überaus fähige Politikerin, die sich über alle Parteigrenzen hinweg grössten Respekt verschaffen konnte, den Nationalrat präsidieren. Am 9. Dezember 1998 wird voraussichtlich Ruth Dreifuss als erste Frau zur Bundespräsidentin gewählt werden. 27 Jahre nach Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für Frauen ist es dazu höchste Zeit! Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich über diese Wahlen zusammen mit andern Parteifrauen (siehe Kasten).

1999 wird nicht nur in personeller Hinsicht ein «Jahr der Frauen» werden. Es steht zu erwarten, dass die Fristenregelung nach vieljähriger Diskussion durch die eidg. Räte verabschiedet wird. Die Verantwortung wird damit in die

Hände gelegt, welche die Arbeit des Kinderaufziehens auch hauptsächlich leisten müssen. Für die FDP-Frauen ein längst fälliges Anliegen! Über die wohl kontroverseste Diskussion der letzten Jahre im Sozialversicherungsbe- reich muss der Ständerat im Differenzbereinigungs- verfahren bereits in der kommenden Wintersession befinden. Ob der Ständerat an seiner Haltung (vorgän- gige Finanzierungsabstim- mung) festhalten oder auf die Haltung des National- rates (zuerst Finanzierung durch EO, erst später Ab- stimmung über MWST) einschwenken wird, ist un- gewiss. Genauso unklar ist

die Haltung unter den Frauen. Die FDP-Frauen haben an ihrer Delegierten- versammlung vom letzten Mai festgehalten, dass die Finanzierung der Vorlage vor Einführung der Mut- terschaftsversicherung ge- klärt sein müsse. Jede Ar- gumentationsseite nimmt natürlich für sich in An- spruch, diese Vorgabe zu erfüllen.

## Finanzierung der Mutter- schaftversicherung muss gesichert sein

Die FDP-Frauen nehmen mit ihrer vorsichtigen, dif- ferenzierten Haltung in Kauf, dass sie einmal mehr neben polemischen Ex- tremhaltungen verblassen.

Dass die Finanzierung einer Vorlage gesichert sein muss, ist eine Selbstver- ständlichkeit. Weil dies spe- ziell für die Linke noch nicht immer klar ist, beto- nen es die Delegierten er- neut.

Wichtiger ist aber die grundsätzlich positive Hal- tung der freisinnigen Frauen der Mutterschafts- versicherung gegenüber. Von verschiedenen Seiten setzen wir uns damit dem Vorwurf aus, wir liessen uns das «Kinderhaben» staat- lich subventionieren. Die- sen generellen Gegnern ei- ner Mutterschaftsversiche- rung muss klar entgegenge- treten werden. Die abgehobe- bene Diskussion über Mut- terschaft und Pflichten verkennt die heutige Situa- tion. Viele Frauen arbeiten, weil sie dies müssen. Nach acht Wochen wieder ins Ar- beitsleben einzusteigen ist

unzumutbar. Nach 14 Wo- chen wieder zu arbeiten fällt vielen Frauen schwer, bedeutet aber für die Kin- der, die häufig familien- ergänzend betreut werden müssen, keine übertriebene Härte mehr. Wir sind ver- pflichtet, diesen grundsätz- lichen Erwägungen Rech- nung zu tragen und uns mit den weniger privilegierten Frauen solidarisch zu zei- gen. Eine Mutterschafts- versicherung muss eingeführt werden. Es ist am Parla- ment, das Wie zu bestim- men.

**Wir stossen auf die Nationalratspräsidentin und die Bundespräsidentin 1999 an:**

**Mittwoch, 9. Dezember  
1998, 07.00 Uhr**

**vor dem Bundeshaus.**

**Bitte Getränke  
und warme Kleider mitbringen!**

**Die FDP-Frauen, zusammen mit den SP-  
Frauen und weiteren grossen Frauenorgani-  
sationen, freuen sich über eine rege Teil-  
nahme.**

«FREISINN»-WETTBEWERB  Die Auflösung

# Die Insel im Mittelmeer...

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie auf Grund eines leicht fehlerhaften Textes gefragt, wo der Pressechef der FDP in den Ferien war. Der «Freisinn» präsentiert hier die Auflösung und die Gewinner dieser Ausgabe des beliebten «Freisinn»-Wettbewerbs.

GUS. Die Redaktion wurde mit richtigen Antworten nur so überschwemmt. Ausserordentlich viele Leserinnen und Leser des «Freisinn»

haben herausgefunden, dass es sich bei der beschriebenen Insel nur um

## Malta

handeln konnte. Auf dieser wunderbaren Insel werden offenbar «sührende werten» hergestellt (dürfte etwas mit Wein zu tun haben), haben von den Phöniziern bis zu den Engländern sehr viele Herrscher domiliziert und sind die Menschen berühmt für ihre Freundlichkeit.

Unter den richtigen Einsendungen wurden die Hauptpreise, nämlich ein

FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille, verlost.

Das Foulard ging dabei an:

**Frau Marianne Fässler, Konolfingen**

das Portefeuille an:

**Herrn Robert Herzog, Rheinfelden**

Herzliche Gratulation! Die «Freisinn»-Redaktion dankt auch allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen.

Der nächste Wettbewerb folgt im Januar! ■

## TERMINE

### Januar

- 8./9. Sekretärenkonferenz  
Delegiertenrat  
Delegiertenversammlung  
(Bern)
12. Presseverband
19. Geschäftsleitung

### Februar

4. Bundesratsparteien-  
Gespräch
5. Von-Wattenwyl-Gespräch
7. Eidgenössische  
Abstimmung
- 19./20. Vorsessionale  
Fraktionssitzung
23. Presseverband

### März

- 1.-19. Frühjahrsession
4. Geschäftsleitung
9. Beamtencocktail
16. Presseverband / Essen mit  
der Fraktion
19. Sekretärenkonferenz / Ge-  
schäftsleitung / Delegier-  
tenrat
20. a. o. Delegiertenversamm-  
lung (Landquart)

### April

13. Presseverband
18. Eidgenössische  
Abstimmung
- 19.-23. Sondersession  
(Reservedatum)
22. Sekretärenkonferenz  
Geschäftsleitung
23. Delegiertenrat
- 23./24. Fraktionssitzung inkl. Tref-  
fen mit Regierungsrätin-  
nen/-räten
- 23./24. Ordentliche Delegierten-  
versammlung (Brig)

### Mai

6. Bundesratsparteien-  
gespräche
7. Von-Wattenwyl-Gespräch
8. FDP-Frauen  
Delegiertenversammlung
21. Vorsessionale  
Fraktionssitzung
27. Sekretärenkonferenz
- 31.-18. 6. Sommersession

### Juni

3. Geschäftsleitung  
(Fronleichnam)
9. Fraktionsausflug
13. Eidgenössische  
Abstimmung

## Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in  
78 000 Exemplaren von  
«Freisinn FDP Schweiz» er-  
reichen Sie viele interes-  
sierte Leserinnen und Leser,  
denen Sie Ihre Angebote  
präsentieren und empfeh-  
len können.

Erschliessen Sie sich diesen  
attraktiven Markt.

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglich-  
keiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen  
Anzeigentarif.

Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns  
Kontakt auf.

Name/Firma: \_\_\_\_\_

Zuständig: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an:  
KRETZ AG, Verlag und Annoncen  
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 75  
E-Mail: kretz\_ag@bluewin.ch

# Zielkonflikte unserer FDP

Im «Freisinn» vom November 1998 wird im Beitrag «Die Schweiz 2007 – unsere Vision» eine wünschbare Situation unserer Schweiz in ca. zehn Jahren dargestellt.

Dabei sind als wichtige Merkmale des politischen Systems aufgeführt: Hoher Grad an demokratischer Mitwirkung; bürgernaher effizienter «Service public»; staatliche und gesellschaftliche Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sind eindeutig und umfassend je nach Eignung zugeordnet an Bürgerinnen und Bürger, Gemeinden, Kantone und Bund; das Volk fällt die zentralen Entscheide; föderative Strukturen sind erhalten; für die Gesellschaft besteht

eine Spitzenstellung punkto Lebensqualität. Ferner: Aktive profilierte Mitwirkung nach aussen in Form der Mitgliedschaft der Schweiz bei der Europäischen Union.

Hier ergeben sich wesentliche Zielkonflikte. Im Gegensatz zu den oben stipulierten Zielen bedeutet eine Mitgliedschaft bei der EU vermehrte Zentralisierung mit zusätzlichen Hierarchiestufen; Verantwortung (für Mittelerearbeitung) und Kompetenz (für Mittelverwendung) liegen weit auseinander; staatliche Willensbildung durch ernannte (nicht gewählte) Organe ohne Rechenschafts-

legung, geprägt durch sozialistische Dominanz mit Tendenz zu zunehmender Staatsquote, verbunden mit leistungsunabhängiger Umverteilung. Bezüglich Lebensqualität stark verminderteter materieller Wohlstand sowohl durchschnittlich wie auch in den unteren Bereichen

der politischen Mitwirkung der Bürger.

Die Aufzählung der gegensätzlichen Ziele könnte noch fortgesetzt werden. Sie spiegelt den Unterschied zwischen einem freisinnigen Bekenntnis zu weniger Staat mit mehr Selbstverantwortung und dem sozialistischen Glauben an die führende Rolle des Staates, verbunden mit Interventionismus nach sozialistischer Zielsetzung, wie sie in der EU durch vertragliche, institutionelle und personelle Gegebenheiten irreversibel verfolgt wird.

Dr. Hermann Gericke, FDP Küssnacht



(Volkseinkommen pro Kopf), vermindertes immaterielles Wohlbefinden, vermehrter Ausschluss

**FDP auf Internet**

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:  
E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
<http://www.fdp.ch>

Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?

**Was meinen Sie?**

Haben Sie sich gefreut, geärgert?

Schreiben Sie uns!

Unsere Adresse:  
Redaktion «Der Freisinn»  
FDP Schweiz  
Postfach 6136  
3001 Bern

**IMPRESSUM**

**Freisinn FDP**  
Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

**VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:**  
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

**INSERATEN-VERWALTUNG:**  
Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

**DRUCK:**  
NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-



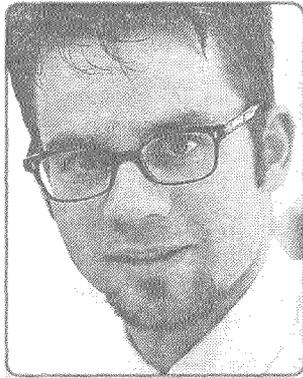
# Das Parlament ist 1999 in freisinnigen Händen

Karikatur Andreas Töns

# Einführung des Demographiefaktors?

**Mit der Ablehnung der AHV-Aushöhlungsinitiative hat sich der Souverän klar für eine sichere Zukunft der Sozialwerke ausgesprochen. Nur: Mit der Verhinderung neuer Privilegien ist das grosse Problem vor allem der AHV, nämlich die Überalterung, noch nicht gelöst. Zu prüfen ist zum Zwecke der Sicherung ein Instrument, das als Überlebenshilfe für den Generationenvertrag gelten könnte: der Demographiefaktor.**

VON FDP-PRESSECHIEF  
GUIDO SCHOMMER,  
BERN



Guido Schommer

Wir stehen vor dem Problem, dass uns die Bevölkerungsentwicklung in zunehmendem Masse Probleme bei der Finanzierung der Sozialversicherungen beschert. Heute hat die Schweiz bereits – auch im internationalen Vergleich – eine recht hohe Soziallast. Die Gefahr, dass die bestehenden Leistungen und selbst noch zusätzliche Leistungen (man beachte etwa die SP-Ausbauforderungen von Montreux!) via Mehrwertsteuer- und Lohnprozenterhöhungen ohne Ende finanziert werden, ist gross. Diese Entwicklung stellt den Generationenvertrag – z. B. das Umlageverfahren in der AHV – mittelfristig ernsthaft in Frage. Die aktive Generation wird nicht mehr bereit sein, mehr und mehr ihres hart erarbeiteten Einkommens für die Finanzierung der AHV aufzubringen.

## Analog zum Haushaltsziel?

Wie beispielsweise die Abstimmung vom Herbst 1997 über die Revision der Arbeitslosenversicherung (ALV) gezeigt hat, sind andererseits Leistungskürzungen

sehr unattraktiv und werden selbst von bürgerlich orientierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht bedingungslos akzeptiert. Kommunikativ und auch politisch muss deshalb ein anderer Weg gefunden werden, um die Sozialversicherungen mittelfristig prioritär ausgaben-seitig sanieren zu können. Theoretisch wäre ein analoges Vorgehen zum Haushaltsziel 2001 denkbar (Ankündigung des Ziels, Einberufung von Konsensgesprächen zur konkreten Ausgestaltung, Abstimmung über das Ziel, parlamentarische Beratung, Umsetzung). Erfolgsentscheidend war und ist in dieser Konstellation die Person Bundesrat Villigers und seine Beharrlichkeit. Da das EDI in SP-Hand ist, scheint eine solche Anlage für die Sanierung der So-

zialversicherungen kaum möglich. Die Initiative muss deshalb von den Parteien und vom Parlament kommen.

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur Milderung der demographischen Auswirkungen sind zum Teil vom selben Fatalismus geprägt wie die SP-Finanz- und -Sozialpolitik. Das Hauptrezept heisst nach wie vor Mehreinnahmensteigerung zur Finanzierung der demographisch bedingten Mehrausgaben. Hier soll die Prüfung einer Alternative angeregt werden: der Demographiefaktor.

## Wie könnte der Demographiefaktor gestaltet werden?

Möglich wäre eine Berechnung wie folgt: Der Wert des Demographiefaktors entspricht derjenigen Zahl, mit welcher die Veränderung des Altersquotienten multipliziert werden muss, um die prozentuale Senkung der Leistungen zu erzielen, welche letztendlich die Ausgaben der AHV konstant hält oder nur in einem politisch definierten Ausmass ansteigen lässt. Der zur Erreichung dieses Ziels notwendige Demographiefaktor verändert sich jährlich.

Zu prüfen wäre auch eine Lösung, welche die Anpassung der AHV-Ausgaben von der Veränderung des Verhältnisses zwischen der Zahl der Rentenbezüger und der Zahl der Erwerbstätigen abhängig macht. Je nach Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit ist dieser Faktor aber

sehr unzuverlässig und stärkeren Schwankungen ausgesetzt.

## Die Einführung eines Demographiefaktors hätte Vorteile...

■ Die Grundlagen des Demographiefaktors lassen sich mit einiger Sicherheit voraussagen. Die Verhältnisse sind nur Veränderungen in der Sterblichkeit und der Wanderungssaldi ausgesetzt. Das Instrument ist vorhersehbar und kennt keine abrupten Schwankungen.

■ Der Generationenvertrag wird dank der Einführung eines Demographiefaktors nicht aufs Spiel gesetzt. Es ist heute mehr als nur fraglich, ob die junge Generation bereit sein wird, für die Rentenbezüger mehr als das Doppelte an Abgaben im Vergleich zu heute zu leisten.

■ Die Rentenkorrektur läuft im Parallelschritt mit der demographischen Entwicklung und damit über Jahre verteilt in kleinen Schritten ab. Es besteht genügend Zeit, um die andern Pfeiler der Vorsorge entsprechend stärken zu können (2. und 3. Säule).

## ... verlangt aber auch Diskussionsbereitschaft

Man wird über die Stabilisierung der Ausgaben sprechen müssen, was für den einzelnen Rentenbezüger konkret Leistungskorrekturen ab 2005 bedeuten kann. Die Renten könnten allerdings abgestuft nach Einkommensverhältnissen korrigiert werden, was den Effekt mildert, zum andern aber dem Versicherungs-

## ZUM THEMA

.....  
*Diese Entwicklung stellt den Generationenvertrag – z. B. das Umlageverfahren in der AHV – mittelfristig ernsthaft in Frage.*  
.....

.....  
*Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen zur Milderung der demographischen Auswirkungen sind zum Teil vom selben Fatalismus geprägt wie die SP-Finanz- und -Sozialpolitik.*  
.....

.....  
*Es ist heute mehr als nur fraglich, ob die junge Generation bereit sein wird, für die Rentenbezüger mehr als das Doppelte an Abgaben im Vergleich zu heute zu leisten.*  
.....

prinzip ein Stück weit widerspricht.

Statt wie die Traditionsvereine der Status-Quo-Verwaltung die demographische Entwicklung als Begründung für eine praktisch rein einnannenseitige Sicherung der Sozialwerke zu benutzen, muss eine zukunftsorientierte Politik auch unkonventionelle Instrumente prüfen. Der Demographiefaktor könnte ein solches Instrument sein. ■

